

Die Berlinale war in diesem Jahr besonders stark von politischen Debatten geprägt.
Foto: dpa

„Die deutsche Kulturszene hat ein Antisemitismusproblem“

Nach dem Eklat bei der Berlinale fordert der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, Konsequenzen der Politik. Wie die aussehen könnten, sagt er im Interview.



BERLIN. Israel-Bashing bei der Preisverleihung – und das Publikum applaudiert. Soll oder muss die Kulturpolitik Konsequenzen aus dem jüngsten Berlinale-Skandal ziehen, der sich in eine Reihe ähnlicher Vorfälle einreihet? Oder müssen wir, müssen Juden in Deutschland derlei im Namen der Kunstfreiheit ertragen? Felix Klein, seit 2018 Antisemitismusbeauftragter der Bundesregierung, hält die Kunstfreiheit für ein hohes Gut, fordert dennoch Konsequenzen. Doch wo verläuft die Grenze zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus?

INTERVIEW

Herr Klein, nach dem Berlinale-Skandal: Müssen wir über den Begriff Kunstfreiheit neu diskutieren?

Kunstfreiheit ist, ebenso wie die Meinungsfreiheit, ein hohes Gut. Sie findet ihre Grenzen, wenn Straftaten wie Volksverhetzung oder Beleidigung im Spiel sind. Und wenn sie mit den Grundrechten anderer Menschen kollidiert, nämlich von Jüdinnen und Juden in Deutschland, wenn es um Antisemitismus geht. Wenn Kunstwerke Antisemitismus ausdrücken, dann sollten sie zumindest nicht mehr öffentlich gefördert werden.

Hat der Kulturbetrieb in Deutschland ein Antisemitismusproblem?

Seit den Vorfällen bei der Documenta 2022 gibt es eine starke Zunahme von antisemitischen Vorfällen in Kultur- und Bildungseinrichtungen, das belegen die Zahlen der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus. Wir haben hier eindeutig ein strukturelles Problem, insbesondere bei Antisemitismus, der sich auf Israel bezieht. Das ist sehr besorgniserregend.

Woran liegt das?

Künstler haben in besonderem Maße die Tendenz, sich auf die Seite der vermeintlich Schwächeren zu schlagen. Das ist im israelisch-palästinensischen Konflikt beim ersten Hinsehen die palästinensische Seite. Das stimmt so aber nicht. Israel ist in der Region umgeben von feindlich gesonnenen Nationen und Terrororganisationen. Diese grundsätzliche Bedrohung Israels wird im Kunst- und Kulturbetrieb und gerade in der Filmbranche leider oftmals ausgeblendet. Das haben die Ereignisse auf der Berlinale gezeigt. Häufig kommen dann noch althergebrachte antisemitische Narrative hinzu, die auf Israel bezogen werden.

Wie definieren Sie die Grenze zwischen harter Israel-Kritik und Antisemitismus?

Die Grenze ist dann überschritten, wenn Israel delegitimiert und dämonisiert wird, also beispielsweise als Apartheid-Staat bezeichnet wird oder Vergleiche zu den Nazi-Verbrechen gezogen werden, also der Gazastreifen als Konzentrationslager bezeichnet wird und die israelische Armee als Täterarmee. Sie ist auch überschritten, wenn doppelte Standards angelegt werden beim Vergleich zwischen



„Cease Fire Now“ (zu deutsch: Jetzt das Feuer einstellen) steht auf dem Rücken vom Jurymitglied Verena Paravel, während sie mit Abbas Fahdel (links) den Preis für den besten Dokumentarfilm für „No Other Land“ an die Regisseure Yuval Abraham (rechts) und Basel Adra (nicht im Bild) im Berlinale Palast auf der Bühne überreicht. Foto: dpa

israelischem Regierungshandeln und dem Handeln anderer Nationen. Die Grenze ist drittens überschritten bei Äußerungen, die Israel als jüdisches Kollektiv delegitimieren, indem sie dem Staat das Existenzrecht absprechen.

Der israelische Filmemacher Yuval Abraham hat mit dem Palästinenser Basel Adra den Film „No Other Land“ über die Siedlungspolitik auf der Westbank gemacht. Bei der Berlinale-Preisverleihung hat er gesagt: „In zwei Tagen werden wir in ein Land zurückkehren, wo wir nicht gleich sind. Ich darf mich in dem Land frei bewegen, Basel ist wie Millionen Palästinenser eingeschlossen in der West-Bank.“ Abraham hat das als „Apartheid zwischen uns“ benannt – ist das Antisemitismus?

Diese Äußerung bedient antisemitische Narrative. Zum einen hinkt der historische Vergleich. Der Begriff Apartheid kommt aus der südafrikanischen Politik. Er steht für einen extremen Rassismus, der nichts mit den Verhältnissen in Israel zu tun hat. Zur Veranschaulichung: Als Palästinenser oder Araber kann man in Israel in ein Restaurant gehen und wird dort von jüdischem Personal bedient, das war im Apartheidstaat Südafrika für einen Schwarzen undenkbar. Mit dem Begriff der Apartheid, die ja eindeutig ein schreckliches Verbrechen war, soll Israel, entgegen den Fakten, dämonisiert und damit die Existenz des einzigen Staates weltweit mit jüdischer Be-

völkerungsmehrheit delegitimiert werden.

Abraham kritisiert vor allem die Behandlung der Palästinenser im besetzten Westjordanland.

Auch hier passt der Begriff Apartheid nicht. Ein Großteil der palästinensischen Bevölkerung lebt unter Selbstverwaltung. Dass zum Beispiel separate Straßen für Israelis und Palästinenser im Westjordanland bestehen, dazu hat Israel völkerrechtlich als Besatzungsmacht das Recht.

Spielt es bei Ihrer Bewertung keine Rolle, dass die Kritik von einem Israeli geäußert wird?

Nein. So schräg es klingt, aber Antisemitismus kann auch von Jüdinnen und Juden verbreitet werden.

International wird die Politik Israels deutlich kritischer diskutiert. Ziehen wir die Diskursgrenzen in Deutschland zu eng?

Antisemitismus hat in Deutschland immer eine besondere Bedeutung, weil er vor dem Hintergrund des Holocaust geäußert wird. Deshalb sind die Grenzen dessen, was gesagt werden kann, hierzulande enger als anderswo.

Felix Klein ist seit 2018 Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus.

Foto: Henning Schacht

Können Sie das genauer erklären?

Wenn die israelische Armee als Täterarmee bezeichnet wird, dann hat das hier automatisch schuldentlastende Wirkung. Die Gräueltaten der Nazis werden relativiert, weil die Nachkommen der Opfer ja nach dieser Argumentation auch nicht besser sind als damals die Wehrmachtsoldaten. Oder allgemeiner: Die Israelis behandeln die Palästinenser so, wie die Juden von den Nazis behandelt wurden. Das Gleiche gilt, wenn der Gazastreifen als Konzentrationslager bezeichnet wird.

Wie viel ungerechte, polemische Kritik an Israel und seiner Politik muss man in einer Demokratie aushalten?

Ziemlich viel, und das tun wir ja auch. In den Medien wird jeden Tag Kritik

geäußert. Auch aus meiner Sicht ist die israelische Siedlungspolitik völkerrechtswidrig und zu kritisieren. Außerdem ist Antisemitismus per se nicht strafbar. Man kann in Deutschland auf Israel bezogenen Antisemitismus verbreiten. Wir sollten dann aber widersprechen. Im Kunst- und Kulturbereich ist man einen solchen Widerspruch nicht gewohnt. Viele fühlen sich dann als Opfer und behaupten, ihre Meinungs- und Kunstfreiheit werde eingeschränkt. Das ist eine Verdrehung der Tatsachen, eine klassische Täter-Opfer-Umkehr.

Wie sollen wir künftig mit politischen Äußerungen von Künstlern umgehen? Sollte man sie bei einer Preisverleihung untersagen?

Nein! Man kann den Menschen nicht das Wort verbieten oder sie vorher zensurieren. Man sollte die Künstler aber auf den besonderen politischen Kontext hinweisen, in dem sie sprechen. In einem arabischen Land würde man bei einer Preisverleihung auch keine besonders freizügigen Worte wählen. Wenn es wie auf der Berlinale dann zu nicht hinnehm-

baren Äußerungen kommt, obliegt es den Veranstaltern, das Wort zu ergreifen und das Gesagte einzuordnen.

Es gibt Forderungen, von Kulturschaffenden eine Art Bekenntnis gegen Antisemitismus zu verlangen. Ein erster Versuch dieser Art ist in Berlin wieder zurückgenommen worden. Was halten Sie von solchen Ideen?

Ich stelle fest, dass die Selbstregulierung der Branche nicht funktioniert. Deshalb glaube ich, dass wir mit politischen Entscheidungen gegen Antisemitismus in der Kultur vorgehen müssen. Die Finanzierung mit öffentlichen Geldern ist dabei ein wichtiger Hebel. Eine Klausel, wie sie der Berliner Kultursenator Joe Chialo vorgeschlagen hat, ist aber wohl rechtlich problematisch.

Was schlagen Sie vor?

Ein geeignetes Mittel wäre es, die Gremien, die über Programme und die Einladung von Künstlern entscheiden, mit Personen zu besetzen, die gegenüber Antisemitismus sensibel sind. Wir können Künstlerinnen und Künstlern nicht vorschreiben, welche Kunst sie schaffen. Doch wir sollten genauer darauf achten, welche Leute eingeladen werden und was hier mit staatlicher Förderung gezeigt werden soll.

Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Hass und Hetze nehmen zu: Wie kommen wir wieder miteinander ins Gespräch?

Das ist ein ganz wichtiger Punkt: Wir müssen in der aufgeheizten Debatte die Emotionen wieder zurückfahren. Bei den aktuellen Kontroversen darf nicht untergehen, dass es einen sehr breiten Konsens gibt, dass Antisemitismus bekämpft werden muss. Es existieren unterschiedliche Meinungen, wie man das macht. Darüber müssen wir respektvoll miteinander reden.

Das Interview führten Jens Kleindienst und Frank Kaminski.

DIE ROLLE VON CLAUDIA ROTH

► Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) saß bei der Berlinale-Preisverleihung im Publikum – wie auch Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU). Beide schwiegen zum Gesagten zu nächst. Felix Klein will das nicht verurteilen, übt aber leise Kritik. „Zuerst wäre die Moderation des Abends hier gefragt gewesen“, sagt er im Interview. Auch die Berlinale-Leitung sehe er in der Pflicht, „zumal es ja zu Beginn ein sehr differenziertes Statement der Intendantin Mariette Rissenbeek gab“. Roth und Wegner seien an dem Abend Gäste und weit entfernt von der Bühne gewesen – „ein unmittelbares Einschreiten hätte man ihnen als Zensur auslegen können“. Dennoch meint Klein rückblickend: „Es wäre aber gut gewesen, wenn beide unmittelbar nach der Preisverleihung reagiert hätten.“

► Roth erklärte später, Kulturräume sollten sichere Bereiche sein für Unterschiede, Differenzen und Gemeinsamkeiten. Mit den vom Bund geförderten Institutionen gebe es einen intensiven Dialog. Dabei gehe es unter anderem darum, dem Missbrauch der Kunstfreiheit für die Verbreitung von Antisemitismus oder dem Boykottieren jüdischer Kunstschaffender und ihrer Ausgrenzung entgegenzutreten.

ANDERE STIMMEN

► Für den Zentralrat der Juden in Deutschland wies Daniel Botmann darauf hin, die Kunstwelt habe sich „in großen Teilen zu einem unsicheren Ort für Juden entwickelt“. Es habe sich ein Klima des Israelhasses etabliert. „Wenn in politischen Reden darauf verwiesen wird, dass Antisemitismus ein gesellschaftliches Problem ist, dann frage ich mich, warum aus dieser Logik heraus sich nicht gesamtgesellschaftlich gegen dieses Problem gestellt wird“, sagte Botmann. Das Recht auf Kunstfreiheit und der Kampf gegen Antisemitismus dürften nicht als Gegensätze gesehen werden.

► Meron Mendel von der Bildungsstätte Anne Frank warnte vor festgelegten Formeln wie Antisemitismusklauseln. Es gebe „eine sehr lebendige Diskussion“, wo Antisemitismus beginne, eine legitime Kritik an Israel oder israelbezogener Antisemitismus. „Wenn man das versucht, solche Klauseln zu implementieren, führt es dazu, dass keine Differenzierung mehr stattfindet“, sagte Mendel. In der Folge werde die Kunstfreiheit eingeschränkt und Meinungskorridore würden immer enger. Mendel setzt dagegen auf eine Selbstregulierung von Kunst- und Kulturbetrieb.

FELIX KLEIN

► Felix Klein, geboren 1968 in Darmstadt, ist seit Mai 2018 Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Klein ist Diplomat und promovierter Jurist und Diplomat.